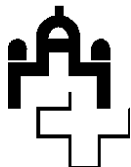


Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



15.014 sn **Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der Frankophonie. Bericht**

Bericht der Délégation suisse auprès de l'Assemblée parlementaire de la Francophonie vom 31. Dezember 2014

Die Delegation vertritt die Bundesversammlung bei der Parlamentarischen Versammlung der Frankophonie (*Assemblée parlementaire de la Francophonie*, APF) und nimmt in dieser Eigenschaft an den Sitzungen der APF und den Aktivitäten teil, welche im Rahmen der APF oder der Institutionen, denen sie angeschlossen ist, durchgeführt werden.

Gemäss Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung der Bundesversammlung über die Pflege der internationalen Beziehungen des Parlamentes vom 28. September 2012 (VPiB; SR 171.117) unterbreitet sie den eidgenössischen Räten ihren Jahresbericht 2014.

Antrag der Delegation

Wir bitten Sie, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Delegation
Der Präsident:

Fathi Derder

Inhalt des Berichtes

- 1 Einleitung
- 2 Tätigkeit des APF-Büros
- 3 Tätigkeiten der Kommissionen und Netzwerke der APF
- 4 Plenartagung der APF
- 5 Frankophoniegipfel
- 6 Regionalversammlung Europa der APF
- 7 Erwägungen der Delegation
- 8 Reisekosten



1 Einleitung

Die Parlamentarische Versammlung der Frankophonie (APF) ist eine interparlamentarische Organisation, in der 81 Sektionen (ständige parlamentarische Delegationen) aus nationalen und regionalen Parlamenten sowie Organisationen des französischen Sprachraums vertreten sind. Dabei ist zwischen Mitgliedersektionen, sogenannten «assozierten» Sektionen und Sektionen mit Beobachterstatus zu unterscheiden.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1967 versteht sich die APF, die damals noch *Assemblée internationale des parlementaires de langue française* hiess, als Spiegel und Zeuge der Vielvölkerkultur in der Frankophonie. Seit 1997 ist sie zudem das Konsultativorgan der Entscheidungsgremien der Frankophonie, d.h. der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Frankophonieländer (allgemein als «Frankophonie-Gipfel» bekannt) sowie der Ministerkonferenz und des Ständigen Rates der Frankophonie.

Die Schweizer Sektion vertritt die Bundesversammlung in der APF und ist seit dem sechsten Oktober 1989 deren Mitglied. Daneben sind kantonale Sektionen in den verschiedenen Instanzen der APF vertreten: die jurassische Sektion ist seit 1980 Vollmitglied der APF, die waadtländische Sektion seit 2013. Die Genfer und die Walliser Sektion wiederum sind assoziierte APF-Mitglieder.

Seit dem Zerfall der UdSSR ist die APF mit der Aufnahme von Parlamenten aus Ländern, die sich in einem Demokratisierungsprozess befinden, stark gewachsen. Diese Vitalität zeugt von der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Attraktivität, welche die APF weltweit auf die Parlamente der Glied- und Bundesstaaten ausübt, die die Verbundenheit mit der französischen Sprache vereint.

Ziel der APF ist jedoch nicht nur die Förderung der französischen Sprache. Die Organisation vereint Länder des Nordens und des Südens und bietet eine Plattform, in welcher der aktive Dialog gepflegt und über schwierige politische Situationen sowie über die in zahlreichen Ländern des frankophonen Raums laufenden Demokratisierungsprozesse diskutiert werden kann. Zudem nimmt die Versammlung Stellung zu grossen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen.

Die Schweizer Sektion ihrerseits engagiert sich namentlich im Bereich der Kultur, der Bildung und der Gesundheit, und hat den Schwerpunkt ihrer Arbeiten somit auf Themen gelegt, die für unser Land von Interesse sind. So setzt sie sich u. a. für die Förderung der Mehrsprachigkeit, der Berufsbildung, des Fernunterrichts und der parlamentarischen Kommunikation oder für die Bekämpfung von HIV bzw. Aids ein. Da die Schweiz mit Ständerat Didier Berberat die Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur (CECAC) – zu der im Übrigen auch das Parlamentariernetzwerk für die Bekämpfung von HIV/Aids gehört – präsidiert, kann die Bundesversammlung einen entscheidenden Beitrag zu den APF-Arbeiten in diesem Bereich leisten.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass dieser Bericht nicht den Anspruch erhebt, die Aktivitäten der APF im Berichtsjahr abschliessend aufzuzählen. Vielmehr sollen vor allem die Initiativen und Schwerpunkte der Schweizer Delegation im Rahmen der multilateralen APF-Treffen wiedergegeben werden.

1.1 Tätigkeitsfelder und Funktionen der APF

Die APF ist das demokratische Bindeglied zwischen den Institutionen und Völkern des französischsprachigen Raums. Sie bietet eine Plattform für Debatten, Vorschläge und den Informationsaustausch zu Themen, die für alle Mitglieder von Interesse sind; dazu gehören



namentlich die Förderung und Wahrung der Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte, die internationale Bedeutung der französischen Sprache und die kulturelle Vielfalt.

Die APF setzt sich vor allem auseinander mit den politischen Rechten und Freiheiten, der Arbeitsweise der Parlamente und ihrer Kommunikation, dem frankophonen Wirtschaftsraum, der dezentralen Zusammenarbeit, mit Bildungsfragen, den Schranken der Wissensverbreitung in französischsprachigen Ländern und der Stellung des Französischen in den internationalen Organisationen. Ferner setzt sich die APF für Aktivitäten im Bereich der interparlamentarischen Zusammenarbeit und der Demokratieförderung ein.

Die Parlamentarische Versammlung der Frankophonie ist sowohl auf internationaler Ebene im gesamten französischsprachigen Raum als auch regional tätig.

Der wichtigste internationale Anlass der APF ist die Jahrestagung, die jeweils im Juli stattfindet. An dieser werden Traktanden behandelt, die zuvor in den vier Kommissionen und den beiden Netzwerken der APF debattiert worden sind. Diese Gremien, die zwischen den Jahrestagungen auf Einladung der Mitglieder in verschiedenen Ländern des frankophonen Raums tagen, sind: die Politische Kommission; die Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur, zu der auch das Parlamentariernetzwerk für die Bekämpfung von HIV/Aids gehört; die Kommission für parlamentarische Fragen; die Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung sowie das Parlamentarierinnen-Netzwerk.

An den Jahrestagungen verabschiedet die APF Resolutionen zu politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Themen, die für die frankophone Gemeinschaft von Bedeutung sind. Zudem verabschiedet sie Stellungnahmen und Empfehlungen, insbesondere zuhanden der Gipfelkonferenzen der Staats- und Regierungschefs der frankophonen Länder.

Aufgrund der breiten geografischen Zusammensetzung treffen sich die APF-Mitglieder der Regionen Afrika, Amerika, Europa und Asien-Pazifik auch zu Regionalversammlungen. Diese Versammlungen stellen die Umsetzung der Zielsetzungen der APF im besonderen Kontext einer Region sicher. Zudem sind sie eine Plattform für Vorschläge und Debatten, deren Schlussfolgerungen von den regionalen Sonderbeauftragten und vom parlamentarischen Generalsekretär an das Büro und die Plenarversammlung weitergeleitet werden.

Die Versammlung der Region Europa findet jeweils Ende Jahr auf Einladung einer ihrer Sektionen statt. Die Tagung der Präsidentinnen und Präsidenten der Region Europa wird in der ersten Jahreshälfte durchgeführt und dient insbesondere der Vorbereitung der Regionalversammlung.

1.2 Zusammensetzung und Organisation der Schweizer Delegation

Die Delegation besteht aus drei Mitgliedern des Nationalrates und zwei Mitgliedern des Ständerates sowie fünf Ersatzmitgliedern, wovon drei dem Nationalrat und zwei dem Ständerat angehören (VPiB Art. 6 Abs. 1 Bst. d, SR 171.117).

Im Berichtsjahr gehörten der Delegation neben ihrem Präsidenten, Nationalrat Fathi Derder (FDP, VD), folgende Mitglieder an:

- Ständerat Christian Levrat, (SP, FR), Vizepräsident der Delegation, Ersatzmitglied;
- Ständerat Didier Berberat, (SP, NE), ordentliches Mitglied;
- Nationalrätin Maria Bernasconi, (SP, GE), ordentliches Mitglied;
- Nationalrat André Bugnon, (SVP, VD), ordentliches Mitglied;



- Ständerat Raphaël Comte, (FDP, NE), Ersatzmitglied;
- Nationalrat Jean-Pierre Grin (SVP, VD), Ersatzmitglied;
- Nationalrat Jacques Neirynck, (CVP, VD), Ersatzmitglied;
- Nationalrat Manuel Tornare, (SP, GE), Ersatzmitglied;
- Ständerätin Anne Seydoux-Christe (CVP, JU), ordentliches Mitglied.

Die Sitze in den verschiedenen Kommissionen, Netzwerken und Gremien der APF waren 2014 wie folgt verteilt:

- Büro: Ständerat Berberat (als Präsident der CECAC) und Ständerätin Seydoux-Christe;
- Kommission für parlamentarische Fragen (CAP): Nationalrat Derder und als dessen Ersatz Ständerat Comte;
- Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung (CCD): Nationalrat Bugnon und als dessen Ersatz Nationalrat Grin;
- Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur (CECAC): Ständerat Berberat, Präsident dieser Kommission, und als dessen Ersatz Nationalrat Neirynck;
- HIV/Aids-Netzwerk: Ständerat Berberat, der als Präsident der CECAC auch Präsident dieses Netzwerks ist, und Ständerat Levrat;
- Politische Kommission (CP): Ständerätin Seydoux-Christe und als deren Ersatz Nationalrat Tornare;
- Parlamentarierinnen-Netzwerk: Nationalrätin Bernasconi und als deren Ersatz Ständerätin Seydoux-Christe.

Die Schweizer Delegation trifft sich regelmässig in Bern, um sich auf die bevorstehenden Versammlungen der APF vorzubereiten und sich bei den zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der Bundesverwaltung über die neusten Entwicklungen im frankophonen Raum zu informieren. 2014 trat die Delegation sechsmal zusammen, und zwar am:

- 26. Februar;
- 14. Mai;
- 28. Mai;
- 19. Juni;
- 27. August;
- 19. November.

2 Tätigkeit des APF-Büros

Das Büro der APF tagte unter dem Vorsitz der kanadischen Senatorin Andrée Champagne, Präsidentin der APF, am 5. und 6. Februar 2014 in Rabat (Marokko) und am 4. Juli 2014 in Ottawa (Kanada). Die Schweiz war mit Ständerat Didier Berberat und Ständerätin Anne Seydoux-Christe vertreten.

Im Mittelpunkt dieser Diskussionen standen die Vorschläge des französischen Abgeordneten Pascal Terrasse, parlamentarischer Generalsekretär der APF, zur Ausarbeitung eines neuen Strategierahmens der APF für die Jahre 2014 bis 2018. Die vorgeschlagenen Massnahmen, mit denen die Effizienz der APF durch institutionelle Anpassungen verbessert werden soll, gliedern sich in fünf strategische Ziele. Erstens soll die APF zu einer eigenständigen Akteurin im Bereich der internationalen Beziehungen werden, zweitens sollen die Beziehungen mit den Mitgliedsparlamenten dynamisiert werden, drittens soll die Rolle der APF als frankophone Akteurin der interparlamentarischen Zusammenarbeit ausgebaut und diversifiziert, viertens die Beziehung zwischen APF und OIF vertieft und fünftens die Sichtbarkeit der APF verbessert werden.



Die Schweizer Delegation nahm an diesen institutionellen Arbeiten aktiv teil. Sie begrüßte die vom neuen APF-Führungsgremium angestrebten Verbesserungen, sei es bei der Nutzung von Synergien mit anderen Institutionen, der internen und externen Kommunikation oder der technischen Aufbauarbeit zugunsten von Parlamenten nach Krisenzeiten. Die Delegation hatte sich schon seit längerer Zeit für eine Dynamisierung der APF-Tätigkeiten eingesetzt.

Allerdings äusserte sich die Delegation besorgt über die bescheidenen finanziellen und personellen Mittel, welche der APF zur Verfügung stehen, um den hohen politischen Zielen dieses neuen Strategierahmens gerecht zu werden. Auch ist es in ihren Augen notwendig, dass die laufenden Geschäfte der APF rechtzeitig vorbereitet werden, dies gilt besonders – aber nicht nur – für die Wahlbeobachtungsmissionen. Auch wies sie auf die Bedeutung einer systematischen Evaluation der APF-Tätigkeit hin.

Der Strategierahmen der APF wurde schliesslich an der Sitzung des Büros vom 4. Juli 2014 in Ottawa verabschiedet, nachdem die formelle Konsultation der APF-Sektionen abgeschlossen und das Konzept in verschiedenen Kommissionen diskutiert worden war.

Am 5. Februar 2014 hörte das Büro zudem Clément Duhaime an, Administrator der Internationalen Organisation der Frankophonie (OIF). Er orientierte über den strategischen Zeitplan der OIF sowie über den Ausbau gewisser Bereiche der Zusammenarbeit zwischen der OIF und der APF.

Am 4. Juli 2014 befasste sich das Büro erstmals mit der Umsetzung der Resolutionen, welche die Versammlung an der Jahrestagung 2013 in Abidjan verabschiedet hatte. Diese Kontrolle über die Umsetzung der Resolutionen durch die nationalen Parlamente wurde auf Anregung der Schweizer Delegation eingesetzt im Bestreben, den Tätigkeiten der APF im frankophonen Raum mehr Resonanz und Wirksamkeit zu verschaffen.

Gestützt auf die Arbeiten der Politischen Kommission nahm das Büro ihre periodische Überprüfung der politischen Situationen in der Frankophonie vor. Es bestätigte die Suspendierung der Zentralafrikanischen Republik und der Arabischen Syrischen Republik, womit deren Mitarbeit in der APF sistiert wurde. Hingegen beschloss das Büro, die Suspendierung der Sektionen von Mali, Guinea und Madagaskar aufzuheben.

An den Diskussionen über die politischen Situationen in der Frankophonie rief die Schweizer Sektion die Führungsgremien der APF ein weiteres Mal auf, ihre Arbeit rechtzeitig zu erledigen. In diesem Zusammenhang bedauerte sie, dass den Sektionen die Resolutionsentwürfe mit Verspätung zugestellt worden waren und somit jegliche interne Vernehmlassung sehr erschwert oder gar verunmöglicht wurde.

An ihren beiden Jahrestagungen informierte sich das Büro anhand folgender Berichte über die Arbeiten und Aufgaben der APF:

- Tätigkeitsbericht der Kommissionspräsidentinnen/-präsidenten sowie der Netzwerke der APF;
- Tätigkeitsbericht des parlamentarischen Generalsekretärs;
- Tätigkeitsbericht des Rechnungsführers;
- Tätigkeitsberichte der regionalen Sonderbeauftragten.



3 Tätigkeiten der Kommissionen und Netzwerke der APF

3.1 Tagungen des Parlamentarierinnen-Netzwerks

Das Parlamentarierinnen-Netzwerk der Frankophonie tagte zweimal unter dem Vorsitz der belgischen Abgeordneten Françoise Bertieaux (Französische Gemeinde Belgiens/Wallonien-Brüssel). Diese Treffen fanden vom 20. bis 22. Januar 2014 in Quebec und am 5. Juli 2014 in Ottawa statt. Nationalrätin Maria Bernasconi vertrat an beiden Tagungen die Schweizer Delegation.

Die Sitzung vom 20. Januar war hauptsächlich der Umsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) gewidmet. Nationalrätin Bernasconi meldete sich mehrmals zu Wort und erläuterte dabei die jüngsten Entwicklungen der schweizerischen Gesetzgebung auf diesem Gebiet. Sie zog Bilanz über die Frauenrechte in der Schweiz und kam dabei auch auf die im schweizerischen Straf- und Zivilrecht vorgesehenen Massnahmen zur Bekämpfung der Gewalt an Frauen zu sprechen; dazu gehören u.a. die Wegweisung des Täters, das Verstümmelungsverbot und Bestimmungen gegen Zwangsheiraten. In einer Erklärung an die Staaten des frankophonen Raums verlangte das Netzwerk, in die Umsetzung der CEDAW einbezogen zu werden.

Im Anschluss an diese Tagung des Netzwerks wurde am 21. und 22. Januar – ebenfalls in Quebec – ein interparlamentarisches Seminar durchgeführt, an dem erstmals die Parlamentarierinnen-Netzwerke der APF, des parlamentarischen Verbands des Commonwealth, des parlamentarischen Bundes Amerikas sowie Mitglieder des amerikanischen interparlamentarischen Forums *National Conference of States Legislature* (NCSL) teilnahmen.

Ziel dieses Seminars war die Vorbereitung des 2015 stattfindenden 20. Jahrestags der Erklärung und des Aktionsprogramms von Peking. Die Direktorin der UN-Frauen-Partnerschaften erläuterte den Inhalt der Erklärung und des Aktionsprogramms von Peking, welche 1995 verabschiedet wurden und zwölf Hauptaktionsbereiche umfassen. Sie gab anhand von UNO-Berichten einen Überblick über die aktuelle Lage. Verschiedene Fachleute gingen anschliessend näher auf die Themen ein, welche die Gewalt an Frauen, die wirtschaftliche Selbständigkeit der Frauen sowie die Mitwirkung der Frauen an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen betrafen.

An der Tagung vom 5. Juli 2014 in Ottawa prüfte das Netzwerk folgende Berichte, die im Rahmen ihrer Arbeiten erstellt worden waren:

- den von Pascale Boistard (Frankreich) präsentierten Bericht über die Rolle der politischen Parteien und den Einfluss des Wahlsystems auf die Frauenvertretung im Parlament;
- den von Anne-Marie Day (Kanada) präsentierten Bericht über die Frauen und die Genossenschaftsbewegung im frankophonen Raum;
- den von Marie Mariam Gisèle Diasso-Guigma (Burkina Faso) präsentierten Bericht über den Zugang der Frauen zu den neuen Medien;
- den von Pascale Boistard (Frankreich) und Anne Marie Day (Kanada) präsentierten Bericht über den Zugang der Mädchen zur Grundschule. Das Netzwerk hörte sich zu diesem Thema ebenfalls den Präsidenten der Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur (CECAC) an, M. Didier Berberat, betreffend einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem Netzwerk und der CECAC.

Im Anschluss an die in Quebec eingeleiteten Arbeiten zu den Themen betreffend das CEDAW und den 20. Jahrestag der Erklärung und des Aktionsprogramms von Peking prüfte und verabschiedete das Netzwerk folgende Dokumente:



- den Bericht über die Umsetzung des CEDAW und den Entwurf zu einer Resolution über die Mitwirkung der APF-Parlamentarierinnen an den Evaluationen des CEDAW-Ausschusses;
- den Nachfolgebericht zum interparlamentarischen Seminar über die Vorbereitung des 20. Jahrestags der Erklärung und des Aktionsprogramms von Peking sowie den Entwurf zu einer Resolution betreffend diesen Jahrestag.

Im Weiteren erarbeitete das Netzwerk den Entwurf zu einer Resolution, welche das Kidnapping von Jugendlichen im Nordosten Nigerias durch die Terroristengruppe Boko Haram verurteilt.

3.2 Tagungen der Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur

Die Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur (CECAC) tagte unter der Leitung von Ständerat Didier Berberat vom 7. bis 9. April 2014 in Brazzaville und am 6. Juli 2014 in Ottawa. An diesen beiden Tagungen nahm neben Ständerat Berberat auch Ständerat Christian Levrat teil, der Schweizer Koordinator des Parlamentariernetzwerks für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria.

Ständerat Didier Berberat setzte in Brazzaville die von ihm im Jahre 2013 lancierten Arbeiten zur dualen Bildung fort. Die Mitglieder der CECAC waren denn auch bereits im Mai 2013 in Ouagadougou mit dem von Ständerat Berberat präsentierten Zwischenbericht über die Modalitäten des schweizerischen Berufsbildungssystems informiert worden. An der Sitzung vom 7. April 2014 in Brazzaville informierten die Mitglieder ihre Kommission über ihre Erfahrungen mit dem Berufsbildungssystem. Zu diesem Zweck war den interessierten Sektionen ein Fragebogen zugestellt worden, um in Erfahrung zu bringen, welche Formen der Berufsbildung im frankophonen Raum bestehen, inwiefern sich andere Länder für die duale Bildung interessieren und welche Anpassungen an die lokalen Gegebenheiten nötig wären, sollten gewisse Partnerländer von den Vorteilen des dualen Bildungssystems profitieren wollen.

Die Antworten auf den von der Schweizer Sektion erstellten Fragebogen zeigten, dass insbesondere in Westafrika grosses Interesse an der engen Verknüpfung von theoretischer und praktischer Berufsbildung besteht. Die Mitglieder der CECAC waren beeindruckt davon, dass mit diesem Bildungssystem offenbar eine niedrige Jugendarbeitslosenquote einhergeht, wo die Wirtschaftslage doch weltweit durch eine hohe Jugendarbeitslosigkeit gekennzeichnet ist.

Vor diesem Hintergrund unterbreitete die Schweizer Sektion der Kommission an der Sitzung vom 6. Juli 2014 in Ottawa eine Resolution über die Förderung der Berufsbildung für Jugendliche als Mittel zur Verbesserung derer Arbeitsmarktfähigkeit. Diese Resolution, welche positive Aufnahme fand, umfasst folgende sieben Punkte:

- Förderung des Informationsaustauschs über die Berufsbildung im Allgemeinen und über die duale Bildung im Besonderen;
- Ermutigung aller Wirtschaftsbranchen, mehr Mittel in die berufliche Grund- und Weiterbildung der Jugendlichen zu investieren;
- Abschluss von Zusammenarbeitsabkommen mit Berufsorganisationen mit dem Ziel, jungen Menschen eine Ausbildung in der realen Arbeitswelt zu ermöglichen;
- Festlegung – zusammen mit den Berufsorganisationen – von Zielen im Bereich der Entwicklung übertragbarer Fachkompetenzen;
- Erstellen oder Fortführen der Lehrpläne im Bereich der Grundkenntnisse neben den Programmen zur Ausbildung in der Arbeitswelt;
- Lehrerausbildung mit dem Ziel, eine qualitativ hochstehende Berufsbildung anzubieten;
- Erlass von Gesetzen über die Betreuung und den Schutz von Personen in Ausbildung.



An der Tagung vom 7. und 8. April 2014 in Brazzaville hielt die CECAC zudem ein Rundtischgespräch über die Pressefreiheit und über die Verantwortung und Ausbildung von Medienschaffenden. Diese Diskussion erregte grosses Interesse bei den Kommissionsmitgliedern. Nach Anhörung der Vertreter der Internationalen Union der französischsprachigen Presse, der OIF und der *Fondation Hirondelle* (in der Demokratischen Republik Kongo, in der Zentralafrikanischen Republik, in Mali, Tunesien, Guinea und der Elfenbeinküste tätige Schweizer Organisation) folgte innerhalb der Kommission eine rege Diskussion u.a. über den Schutz der Medienschaffenden, die in diesem Bereich anzuwendenden Standesregeln und die Mittel zur Zensurbekämpfung.

An der Sitzung vom 6. Juli 2014 in Ottawa lud die CECAC Nationalrat Fathi Derder ein, den für die Kommission für parlamentarische Fragen erstellten Bericht betreffend Parlamente, Presse, Medien und Demokratisierung zu präsentieren, in welchem der Frage nachgegangen wird, wie die Parlamentsarbeit in der Frankophonie und die APF besser sichtbar gemacht werden können. Wichtig in diesem Zusammenhang sei, dass Synergien zwischen der APF und dem Sender TV5Monde genutzt würden. Ausserdem befragte er die Sektionen über die Beziehungen, welche ihre Länder mit dem Sender pflegen (Näheres siehe folgendes Kapitel).

In Ottawa nahm die CECAC folgende Berichte zur Kenntnis:

- den von Bernadette Bourzai (Frankreich) präsentierten Bericht über die Bildungsvermarktung;
- den von Carole Poirier (Kanada) präsentierten Zwischenbericht über die Annäherung zwischen Politik und Gesellschaft via Web 2.0.

3.3 Parlamentariernetzwerk für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria

Das Parlamentariernetzwerk für die Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria tagte am 29. und 30. September 2014 in Kinshasa (Demokratische Republik Kongo) unter der Leitung von Ständerat Didier Berberat. Diese Tagung war voll und ganz den Arbeiten des Netzwerks gewidmet; allerdings hatte sich damit auch schon die CECAC an ihren Tagungen vom 7. und 8. April 2014 in Brazzaville (Kongo) und vom 6. Juli 2014 in Ottawa beschäftigt, da das Netzwerk institutionell an diese Kommission gebunden ist. Neben Didier Berberat nahm auch Christian Levrat, der Schweizer Koordinator des Netzwerks, an diesen Tagungen teil.

In Kinshasa beschloss das Parlamentariernetzwerk, ihr ursprüngliches Mandat der HIV/Aids-Bekämpfung auch auf die Bekämpfung von Tuberkulose und Malaria zu erweitern. Dies zum einen deshalb, weil Aidskranke häufig Tuberkulose- oder Malariainfektionen haben. Zum andern, weil das Parlamentariernetzwerk für die Bekämpfung von HIV/Aids seine Aktionen und Aufklärungskampagnen auch auf die beiden anderen Krankheiten ausdehnen könnte.

Innerhalb des Netzwerks hat sich Ständerat Levrat stets dafür eingesetzt, dass keine nationalen Gesetze erlassen werden, welche Homosexuelle, Drogenabhängige und Sexarbeiter – und somit die Zielgruppe der HIV/Aids-Prävention – stigmatisieren, denn die Anprangerung gewisser Sexualpraktiken hält die Risikogruppen davon ab, sich sterile Spritzen und Präservative zu beschaffen und damit der Virusverbreitung entgegenzuwirken; auch hält dies infizierte Personen von der Pflege und Behandlung fern, welche der Krankheitsbekämpfung dient. Somit würden sämtliche Massnahmen zur Bekämpfung von HIV/Aids vereitelt. Bei dieser Debatte müssen auch jene Stimmen berücksichtigt werden, welche das Landesrecht als Teil der Kultur betrachten und die nördlichen Staaten aufriefen, sich nicht in die Gesetzgebung anderer Länder einzumischen.



Im Bestreben, diesen Dialog weiterzuführen mit dem Ziel, im frankophonen Afrika den Risikogruppen Anerkennung zu verschaffen, nahmen die Ständeräte Berberat und Levrat auch an der 7. internationalen Frankophoniekonferenz zur Bekämpfung von HIV und Hepatitis teil, welche vom 27. bis 30. April 2014 in Montpellier stattfand.

Schliesslich hörte das Netzwerk im Rahmen seiner Tagung in Kinshasa Vertreter der Organisation *Roll Back Malaria* und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) an, welche von ihren Tätigkeiten in der Demokratischen Republik Kongo berichteten.

3.4 Tagungen der Kommission für parlamentarische Fragen

Die Kommission für parlamentarische Fragen (CAP) tagte vom 27. bis 29. April in Hanoi (Vietnam) und am 6. Juli 2014 in Ottawa (Kanada) unter dem Vorsitz des kanadischen Abgeordneten Robert Aubin. Die Schweizer Delegation war an diesen beiden Tagungen mit Nationalrat Fathi Derder vertreten.

In Hanoi präsentierte Nationalrat Derder einen Bericht über Parlamente, Presse, Medien und Demokratisierung, in welchem der Frage nachgegangen wird, wie die Parlamentsarbeit besser sichtbar gemacht werden kann, um so die demokratischen Grundsätze in den Ländern des frankophonen Raums zu stärken. Der Bericht schlägt verschiedene Möglichkeiten vor, wie die Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Sender TV5Monde zu diesem Zweck ausgebaut werden könnte.

Im Anschluss an die Präsentation von Fathi Derder beschloss die CAP, mit einem Fragebogen an die APF-Sektionen Folgendes in Erfahrung zu bringen: die Kommunikationspraxis der frankophonen Parlamente; die grössten Herausforderungen in diesem Bereich; erforderliche Instrumente, um die Parlamentsarbeit sichtbarer zu machen, dies namentlich über die Nutzung von Synergien mit dem Sender TV5Monde.

Nationalrat Derder wies, als er in Ottawa einen Überblick über die Situation vermittelte, darauf hin, dass es anhand der erhaltenen Antworten nicht möglich sei, eine gemeinsame Strategie zur Weiterentwicklung der Kommunikation der frankophonen Parlamente auszuarbeiten. Es hätten sich nur jene Länder und Regionen an der Umfrage beteiligt, die in dieser Angelegenheit schon am weitesten seien. Die Kommission sprach sich dennoch dafür aus, sich näher mit der Kommunikation der Parlamente auf Internet zu beschäftigen. Sie hielt Nationalrat Derder dazu an, seine Arbeiten mit jenen der kanadischen Abgeordneten Carole Poirier abzugleichen. Die Kanadierin erarbeitet im Rahmen der CECAC einen Bericht über die Nutzung der Web-2.0-Technologien, um den Bürgerinnen und Bürgern die Parlamentsarbeit näher zu bringen. Es wurde beschlossen, einen gemeinsamen Bericht zu verfassen und diesen an der APF-Jahrestagung im Jahr 2015 zu präsentieren.

Anhand der Antworten auf den Fragebogen von Nationalrat Derder konnte jedoch klar ermittelt werden, welche Synergien zwischen der APF und TV5Monde genutzt werden könnten. Sämtliche Sektionen begrüsst diese Synergienutzung.

In einem Gespräch der Schweizer Delegation mit Vertretern von TV5Monde am 19. September 2014 hatten sich Letztere bereit erklärt, vermehrt über das aktuelle Parlamentsgeschehen zu berichten, namentlich im Rahmen ihrer neuen täglichen Sendung *64' Le Monde en français*. Auch wurde angesichts der Kommunikationsmöglichkeiten der sozialen Netzwerke vorgeschlagen, auf Facebook



ein APF-Fernsehen zu lancieren, das nach dem Vorbild des zwischen der UNO und TV5Monde entwickelten Modells (*TV ONU Europe*) Produktionen des Senders ausstrahlt.

Auf der Grundlage dieses Gesprächs konnte eine operative Zusammenarbeit zwischen dem Generalsekretariat der APF und TV5 Monde in die Wege geleitet werden mit dem Ziel, an der APF-Jahrestagung 2015 in Bern das neue Kommunikationsmittel *TV APF* einzuweihen.

Ferner verabschiedete die CAP in Ottawa eine vom belgischen Abgeordneten Jean-Claude Maene präsentierte Resolution für eine stärkere Präsenz der APF in den frankophonen Wahlbeobachtungsmissionen. Die Schweizer Delegation hatte dieses Thema seit geraumer Zeit immer wieder zur Sprache gebracht, weshalb sie in Kanada denn auch mit Bedauern feststellte, dass diese Missionen häufig immer noch ohne Parlamentarierinnen und Parlamentarier erfolgen, da die hierfür erforderlichen Arbeiten nicht rechtzeitig aufgenommen würden und es mit der Kommunikation hapert.

Die CAP prüfte und genehmigte in Ottawa zudem folgende Berichte:

- den von Gérard Bila Segda (Burkina Faso) und Jean Rousselle (Québec) präsentierten Bericht über die Finanzierung der politischen Parteien mit einem entsprechenden Resolutionsentwurf;
- den von N'Guessan Kouame (Elfenbeinküste) präsentierten Bericht über die parlamentarischen Mittel der Regierungsbefragung im frankophonen Raum.

Schliesslich nahm die CAP im Rahmen ihrer Koordination der Programme zur parlamentarischen Zusammenarbeit Kenntnis von folgenden Berichten:

- den von Louis Vlavonou (Benin) präsentierten Bericht über parlamentarische Seminare und Bildungspraktika;
- die vom Kommissionspräsidenten Robert Aubin (Kanada) präsentierten Berichte über die multilaterale Initiative zur interparlamentarischen Zusammenarbeit im frankophonen Raum (IMCIF) und über das Programm Noria;
- den von Martine Bondo (Gabun) präsentierten Bericht über das frankophone Jugendparlament und die nationalen Jugendparlamente.

3.5 Tagungen der politischen Kommission

Die politische Kommission tagte am 15. und 16. April 2014 in Libreville (Gabun) und am 6. Juli 2014 in Ottawa unter dem Vorsitz der französischen Senatorin Michèle André. Die Schweizer Delegation war jeweils mit Ständerätin Anne Seydoux-Christe vertreten.

In Libreville berichteten die Sektionen zuerst über die politische Aktualität in ihren Ländern und Regionen. Ständerätin Anne Seydoux-Christe sprach ihrerseits über die Ergebnisse der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 über die Masseneinwanderungsinitiative.

Danach diskutierte die Kommission über die politische Situation im frankophonen Raum, um zu entscheiden, inwieweit sich die Parlamente von Ländern, welche die verfassungsmässige Ordnung nicht einhalten, an den Tätigkeiten der APF beteiligen können. Auf der Grundlage eines Berichts der gabunischen Sektion fasste die Kommission folgende Beschlüsse, die von der Plenarversammlung in Ottawa abgesegnet wurden: Die Parlamente von Guinea, Madagaskar und Mali dürfen, da sich die politische Lage in ihrem Land allgemein verbessert hat, wieder an den Arbeiten der APF teilnehmen; an der Suspendierung des zentralafrikanischen und des syrischen Parlaments wird allerdings festgehalten.



An der Tagung in Ottawa befasste sich die Kommission mit der Revision der Geschäftsordnung der APF. In diesem Zusammenhang setzte sie sich erneut mit den Kriterien für die Suspendierung von Sektionen aus Ländern und Regionen auseinander, deren politische Lage mit den Grundsätzen der Frankophonie nicht vereinbar ist. Ständerätin Seydoux-Christe verlangte, dass in den Rechtsgrundlagen der APF neben der Nichteinhaltung der verfassungsmässigen Ordnung auch die Nichteinhaltung der Menschenrechte als Suspendierungsgrund genannt wird.

Im Weiteren prüfte die Kommission verschiedene Berichte zu folgenden Themen:

- den vom belgischen Abgeordneten Léon Walry präsentierten Bericht über das *Social Web* und seine Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger, die Demokratie und die Politik sowie eine entsprechende Resolution;
- den vom kanadischen Abgeordneten Robert Goguen präsentierten Bericht über die Strategie der digitalen Frankophonie;
- den vom Quebecer Abgeordneten André Drolet präsentierten Bericht über den Zugang zur Justiz im frankophonen Raum und die Rolle der Parlamente.

3.6 Tagungen der Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung

Die Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung (CCD) tagte vom 14. bis 16. April 2014 in Lomé und am 6. Juli 2014 in Ottawa unter dem Vorsitz des tschadischen Abgeordneten Salibou Garba. Nationalrat André Bugnon war an der Tagung in Ottawa zugegen.

In Ottawa hörte die Kommission einen Vertreter des Instituts der Frankophonie für nachhaltige Entwicklung (IFDD) an. Danach diskutierte sie über den Stand der Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO).

Ferner verabschiedete sie eine Erklärung über die Folgearbeiten des Gipfels von Ouagadougou, in der es um den Beitrag geht, den die Frankophonie zu nationalen Nachhaltigkeitsstrategien und zu nationalen Politiken für die Bewirtschaftung der Ökosysteme und der natürlichen Ressourcen leisten kann.

Im Weiteren prüfte die Kommission folgende drei Berichte, teilweise mit Resolutionsentwurf, und verabschiedete sie:

- den vom belgischen Abgeordneten Zakia Khattabi präsentierten Bericht über die Grüne Wirtschaft;
- den vom französischen Senator Stéphane Demilly präsentierten Bericht und die entsprechende Resolution über eine sinnvolle und gesteuerte Förderung der Biotreibstoffe;
- den vom marokkanischen Abgeordneten Gharbi Youssef präsentierten Bericht über die Beschäftigung von Jugendlichen im frankophonen Raum Afrikas.

Der Präsident der CCD, Salibou Garba, berichtete schliesslich ausführlich über die Erklärung über den Klimawandel, die an der Klimakonferenz frankophoner Parlamentarierinnen und Parlamentarier vom 28. Mai 2014 in Brazzaville lanciert worden war.

4 Plenartagung der APF

Die Plenartagung der APF fand am 7. und 8. Juli 2014 in Ottawa unter der Leitung der APK-Präsidentin Andrée Champagne (Kanada) statt.



Die Schweizer Delegation setzte sich zusammen aus den Nationalräten Fathi Derder und André Bugnon, der Nationalrätin Maria Bernasconi sowie den Ständeräten Didier Berberat und Christian Levrat.

Die Versammlung widmete sich zu einem grossen Teil der Ausarbeitung ihrer Stellungnahme an die Staats- und Regierungschefs der Frankophonie zum Thema des Gipfeltreffens von Dakar: „Frauen und Jugendliche in der Frankophonie – im Dienst des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung“. Jede Sektion wurde eingeladen, über ihre nationalen Schwerpunkte zu berichten.

Die Schweizer Delegation konzentrierte sich auf drei Themen des Bildungsbereichs. Erstens wies sie – gestützt auf den von Ständerat Berberat innerhalb der CECAC präsentierten Bericht – auf die dringende Notwendigkeit hin, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen; zu diesem Zweck müsse in Berufsbildungssysteme investiert werden, welche es allen ermöglichen, die für das Berufs- und Alltagsleben notwendigen Fachkenntnisse zu erwerben. Zweitens sollten die Regierungen der Frankophonie dazu angehalten werden, den Bandbreitenzugang zu verbessern und damit eine breitere Teilnahme an frankophonen Online-Kursprogrammen zu ermöglichen. Drittens sollte mit konkreten Massnahmen für einen besseren Zugang junger Frauen zur Berufsbildung und zum Fernunterricht gesorgt werden.

Die Versammlung bestätigte zudem zahlreiche Beschlüsse des Büros (vgl. Kap. 2) sowie der Kommissionen und Netzwerke (vgl. Kap. 3). Sie genehmigte u.a. sämtliche zuvor in diesen Organen behandelten Resolutionen:

Parlamentarierinnen-Netzwerk der Frankophonie:

- Resolution zum 20. Jahrestag der Erklärung und des Aktionsprogramms von Peking;
- Resolution über die Frauen und die Genossenschaftsbewegung im frankophonen Raum;
- Resolution über die Mitwirkung der APF-Parlamentarierinnen an den Evaluationen des CEDAW-Ausschusses;
- Resolution zur Verurteilung des Kidnappings von Jugendlichen im Nordosten Nigerias durch die Terroristengruppe Boko Haram.

Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur:

- Resolution über die Förderung der Berufsbildung für Jugendliche (ursprünglich präsentiert von Ständerat Didier Berberat).

Kommission für parlamentarische Fragen:

- Resolution über die Finanzierung der politischen Parteien im frankophonen Raum;
- Resolution über die frankophone Wahlbeobachtung.

Politische Kommission:

- Resolution über das *Social Web*;
- Resolutionen über die politischen Situationen im frankophonen Raum.

Kommission für Zusammenarbeit und Entwicklung:

- Schlusserklärung der Klimakonferenz frankophoner Parlamentarierinnen und Parlamentarier;
- Erklärung über die Folgearbeiten des Gipfels von Ouagadougou: Beitrag der Frankophonie zu Nachhaltigkeitsstrategien und zu nationalen Politiken für die Bewirtschaftung der Ökosysteme und der natürlichen Ressourcen.



Die Versammlung kam zudem auf den Strategierahmen der APF 2014–2018 zurück und genehmigte den geänderten Text des Büros.

Schliesslich hiess sie die Erweiterung des Mandats des Parlamentariernetzwerks für die Bekämpfung von HIV/Aids auf die Bekämpfung der Tuberkulose und Malaria gut und genehmigte die entsprechenden Statutenänderungen des Netzwerks.

Die Versammlung beendete ihre Plenartagung mit der Wahl des kanadischen Senators Paul E. McIntyre zum Präsidenten der APF für eine zweijährige Amtszeit.

5 Frankophoniegipfel

Der 15. Frankophoniegipfel widmete sich dem Thema «Frauen und Jugendliche in der Frankophonie – im Dienst des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung» und damit den wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, denen die Frauen und Jugendlichen in Afrika gegenüberstehen. Ständerat Didier Berberat und der Präsident der Schweizer Delegation, Nationalrat Fathi Derder, nahmen an diesem Gipfeltreffen teil, das vom 29. bis 30. November 2014 in Dakar stattfand.

Wichtige Traktanden dieses Gipfels waren die Wahl der Generalsekretärin der OIF für eine vierjährige Amtszeit – diese Wahl fiel einstimmig auf die kanadische Kandidatin Michaëlla Jean – und die geschlossene Sitzung der Staats- und Regierungschefs über die Krisensituationen im frankophonen Raum (Mali, Burkina Faso, Zentralafrikanische Republik).

Im Weiteren wurden Mexiko, Costa Rica und Kosovo als Mitglieder mit Beobachterstatus in die OIF aufgenommen. Schliesslich entschieden die Staats- und Regierungschefs, den für 2016 vorgesehenen Frankophoniegipfel in Madagaskar abzuhalten.

Die Schweizer Delegation begrüsst das Engagement, das die Schweiz in Afrika für die digitale Bildung an den Tag legt: Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) informierte an einem Stand im öffentlich zugänglichen „Dorf der Frankophonie“ im Herzen Dakars über ihre Aktionen in Westafrika zur Förderung der Grund- und Berufsbildung. Die Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne (ETHL) unterhielt ebenfalls einen Informationsstand, an dem sie jungen Afrikanerinnen und Afrikanern ihre Online-Studiengänge, die sogenannten MOOCs (*Massive Open Online Courses*), vorstellte. Dank diesen breit zugänglichen Onlinekursen können Studierende eine Ausbildung absolvieren, auch wenn sie nicht in der Nähe einer Universität leben, und sich in den Bereichen Stadtplanungstechnologien, Wasser, Ernährung, Energie oder Gesundheit spezialisieren. Um die Attraktivität ihrer MOOCs zu steigern und einer entsprechenden Nachfrage nachzukommen, ging die ETHL am Gipfel in Dakar mit der Hochschulagentur der Frankophonie (AUF) für die Zertifizierung dieser Studiengänge eine Partnerschaft ein.

Als Zeichen ihres Engagements unterzeichneten der senegalesische Präsident Macky Sall und der Schweizer Bundespräsident Didier Burkhalter an diesem Gipfel eine gemeinsame Erklärung über Bildung und Schulung. Diese sieht die Vermittlung schweizerischen Know-hows im Bereich der dualen Bildung in Senegal vor; damit soll jungen Afrikanerinnen und Afrikanern der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert und sowohl den individuellen als auch den wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung getragen werden.

Abgesehen von ihrer starken Präsenz im Dorf der Frankophonie in Dakar stand die Schweiz auch am Ursprung einer Resolution zur Schulung und Bildung der Frauen und Jugendlichen im digitalen Zeitalter, welche von den Staats- und Regierungschefs in Dakar verabschiedet wurde. Diese



Resolution ersucht die Staaten und Regierungen, darauf hinzuwirken, dass alle (insbesondere auch Mädchen) Zugang zu einer guten Grundausbildung sowie zu einer Berufsausbildung haben und dass der Breitband-Internetzugang gefördert und somit die Teilnahme an akademischen Onlinekursen ermöglicht wird.

6 Regionalversammlung Europa der APF

6.1 Präsidentenkonferenz der Regionalversammlung Europa vom 20. bis 23. März 2014 in Bukarest

Die Präsidentenkonferenz tagte vom 20. bis 23. März 2014 in Bukarest und in der Bukowina auf Einladung der Präsidentin der rumänischen Sektion der APF, Sanda-Maria Ardeleanu. An dieser Konferenz konnte kein Mitglied der Schweizer Delegation teilnehmen.

An dieser Konferenz erklärten die Vertreter der rumänischen Sektion, welche Schwerpunkte ihr Land in Sachen Frankophonie setzt: Rumänien misst nicht nur der Konsolidierung der politischen Dimension der OIF besondere Bedeutung bei, sondern auch der Entwicklung der regionalen Dimension der Frankophonie, da diese mit den von ihr vertretenen Werten zur Stärkung der Stabilität und der Demokratie in Mittel- und Osteuropa beitrage. Ebenfalls Priorität hat die Förderung der französischen Sprache, da Rumänien im Französischen etwas wie einen Türöffner zu Arbeitsmarkt und Berufskarriere sieht.

Beim zweiten Thema dieser Konferenz ging es um die „frankophone Jugend als Trägerin von Demokratie, Multikultur und Mehrsprachigkeit“. Die rumänische Sektion zeigte damit, dass die Jugend für sie einen hohen Stellenwert hat. Im Anschluss an diese Diskussion entschied die Konferenz, einen besonderen Akzent auf die universitäre Frankophonie, die frankophone Hochschuldiplomatie und die Rolle der Jugendlichen als Träger von Demokratie, Multikultur und Mehrsprachigkeit zu setzen.

Dieses Engagement der Region Europa für die Jugend zeigte sich in den Jahren 2013 und 2014 in Form von Videokonferenzen, welche jungen Studierenden universitäre Kurse in französischer Sprache anboten. Von diesem Programm, welches die internationalen Beziehungen und die Demokratie zum Inhalt hat, konnten bereits Moldau, Rumänien, Armenien und Georgien profitieren. So haben diesen Kurs rund 20 Studierende vor allem aus Übersetzer- und Dolmetscherlehrgängen besucht. Zwei dieser Teilnehmer werden anschliessend Gelegenheit haben, an einem Fernkurs des *Centre d'étude des crises et des conflits internationaux* (CECRI) ein Hochschulzertifikat mit 20 ECTS zu erwerben.

6.2 Regionalversammlung Europa vom 28. September bis 1. Oktober 2014 in Warschau

Auf Einladung der polnischen Sektion nahm die Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der Frankophonie an der 27. europäischen Regionalversammlung teil, welche vom 28. September bis 1. Oktober 2014 in Warschau stattfand. Die Delegation setzte sich zusammen aus dem Präsidenten Nationalrat Fathi Derder sowie aus Ständerätin Anne Seydoux-Christe, Nationalrätin Maria Bernasconi und den Nationalräten André Bugnon, Jean-Pierre Grin und Jacques Neiryck.

An der feierlichen Eröffnungssitzung erinnerte der Vizepräsident des polnischen Senats, Jan Wyrowinski, daran, dass der polnische Senat im Jahr 2014 sein 25-jähriges Bestehen feiere und nach dem Fall der Berliner Mauer das erste demokratische gewählte Gremium Mittel- und



Osteuropas gewesen sei. Der Präsident der APF, Paul E. McIntyre, wies darauf hin, dass die APF laut Artikel 2 der Frankophonie-Charta das Konsultativorgan der Frankophonie ist. Er kam auch auf den an der Plenarversammlung in Ottawa verabschiedeten Strategierahmen 2014–2018 der APF und auf die verschiedenen Massnahmen zur Stärkung der Versammlung zu sprechen.

Die Versammlung befasste sich mit verschiedenen Themen. In der ersten Sitzung ging es um die Frankophonie in Polen und die frankophone Jugend als Trägerin von Demokratie, Multikultur und Mehrsprachigkeit. Was den Französischunterricht in Polen anbelangt, ist das Französische die vierte Fremdsprache hinter Englisch, Deutsch und Russisch. Nach jüngsten Erhebungen nehmen nur drei Prozent der polnischen Schülerinnen und Schüler Französischunterricht, dies obschon die Französischlehrenden an den Schulen, Gymnasien und Universitäten (u.a. mit Kulturveranstaltungen und verschiedenen ausserschulischen Aktivitäten) viel zur Förderung dieser Sprache unternehmen. Die mündlichen und schriftlichen Schwierigkeiten, welche das Französische stellt, die Unkenntnis über die Vorteile, welche diese (auf fünf Kontinenten gesprochene) Sprache für den Zugang zum Arbeitsmarkt mit sich bringen kann und die ungenügenden Kenntnisse gewisser Sprachlehrer erschweren es dem Französischen, in den Schulen als Fremdsprache Fuss zu fassen. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass es heute verteilt auf fünf Kontinente 220 Millionen Französischsprachige gibt und diese Zahl bis 2050 auf 700 Millionen ansteigen dürfte.

Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, wie sich das Französische als Fremdsprache in Polen aufwerten liesse. Dazu gehören:

- Kampagnen zur Sensibilisierung von Schulleitern und Schulleitungen;
- ein vermehrter Lehraustausch zwischen französischsprachigen und nicht französischsprachigen Ländern;
- die Schaffung eines Labels wie *FrancEducation* für Schulen, welche das Französische unterrichten und fördern;
- die Stärkung des Französischen in den internationalen Institutionen;
- die vermehrte Unterstützung der Französischunterrichtenden.

Den Sektionen wurde ein Pilotversuch mit Französischschülern in Schlesien präsentiert. Dieses Projekt konnte dank des freiwilligen Engagements von Lehrkräften, die sich bei den Lokalbehörden für das Französische stark machten, und dank der finanziellen Unterstützung der Sektion Wallonien-Brüssel durchgeführt werden. Dabei wurden originelle Ideen umgesetzt, so zum Beispiel die Einsetzung eines (volumfänglich von Wallonien-Brüssel finanzierten) mobilen Französischvorlesers für die Schulen der Region.

In der anschliessenden Diskussion wollte Ständerätin Seydoux-Christe wissen, aus welchen Gründen die Schulleitungen sich gegen den Französischunterricht sträuben. Die polnischen Redner erklärten, dass es sich hier vor allem um Budgetzwänge handle, mit denen die Schulleiter konfrontiert seien, manchmal aber auch um deren mangelnden Willen, das Französische an ihren Schulen zu fördern.

Die zweite Sitzung widmete sich den praktischen Aspekten der Frankophonie und insbesondere den Herausforderungen, denen die Französischsprachigen täglich in Ländern gegenüberstehen, in denen das Französische nicht Amtssprache ist.

Was das Französische als Arbeitssprache anbelangt, hat die aktuelle Internationalisierung der polnischen Unternehmen zur Folge, dass diese zunehmend auf das Französische angewiesen sind, wenn sie den afrikanischen und asiatischen Markt erreichen wollen. Gewisse Unternehmen gehen so weit, junge Menschen anzuwerben, die in Polen Französisch studieren. Auch muss festgestellt



werden, dass die Ansiedlung französischer Unternehmen in Polen nicht zu einer verbesserten Stellung des Französischen an den polnischen Schulen geführt hat. Dies lässt sich u.a. damit erklären, dass die in Polen tätigen französischen Firmen von ihren Mitarbeitern in erster Linie technische Kenntnisse sowie Englisch als Arbeitssprache und erst in zweiter Linie allfällige Französischkenntnisse verlangen. Englisch bleibt also trotz allem die erste Arbeitssprache der internationalen Unternehmen in Polen.

Ständerätin Seydoux-Christe wies auf Erhebungen hin, welche aufzeigen, dass die jungen Menschen in der Schweiz, welche eine zweite Amtssprache sprechen, mehr verdienen als ihre einsprachigen Kolleginnen und Kollegen. Es stelle sich deshalb die Frage, was für einen Mehrwert das Französische denn für einen jungen Polen bringe. Darauf wurde ihr geantwortet, dass dieser junge Pole damit seine Chancen auf internationale Mobilität erhöhe. Allerdings lägen in Polen keine Erhebungen darüber vor, ob es Lohnunterschiede zwischen Angestellten mit und solchen ohne Französischkenntnisse gibt.

Die dritte Sitzung schliesslich befasste sich mit dem Thema «Multikultur und Mehrsprachigkeit als universelle Werte Mittel- und Osteuropas im 20. und 21. Jahrhundert».

Am Schluss der Sitzung kündigte die polnische Sektion der APF an, dass Polen sich 2016 bei der Internationalen Organisation der Frankophonie (OIF) als Vollmitglied bewerben werde.

7 Erwägungen der Delegation

Die Schweizer Delegation konzentrierte sich bei den verschiedenen Arbeiten der APF auf die Bildungsthemen. Sie ist insofern besonders prädestiniert für diesen Bereich, als Ständerat Didier Berberat den Vorsitz der Kommission für Bildung, Kommunikation und Kultur (CECAC) innehat.

Die Bildungsthemen sind zudem für die ganze Schweiz von Bedeutung, da es hier nicht bloss um die Interessen bestimmter Regionen geht. In diesem Zusammenhang weist die Delegation darauf hin, dass sie der Mehrsprachigkeit verpflichtet ist, auf welche die Schweiz viel Wert legt und die in der friedlichen Koexistenz von vier Sprachregionen begründet ist.

Der Delegation war es ein besonderes Anliegen, auf internationaler Ebene die von ihr festgelegten strategischen Ziele zu verfolgen: die Verbesserung der Berufsbildung als Massnahme gegen die Jugendarbeitslosigkeit, die Förderung des Fernunterrichts und die Erleichterung des Bildungszugangs für Frauen.

In Sachen internationale Förderung der Berufsbildung hat die Delegation verschiedene Argumente vorgebracht. Diese sind im Bericht aufgeführt, welche Ständerat Berberat vor der APF präsentierte.

Die Delegation stellt zunächst fest, dass der grösste Trumpf einer gut ausgebauten Berufsbildung darin besteht, dass sie sich direkt auf die Beschäftigungsquote auswirkt. So liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Ländern mit gutem Berufsbildungssystem merklich unter dem Länderdurchschnitt, vermittelt dieses System den Jungen doch übertragbare und berufliche Kompetenzen.

Mit der Förderung der Berufsbildung innerhalb der Frankophonie lässt sich in den Augen der Delegation auch der Graben schliessen zwischen den begünstigten Jungen und jenen, die keine Sekundar- und Tertiärbildung geniessen konnten. Auch ermöglicht sie den jungen Menschen ohne Grundschulbildung den Erwerb von Grundkompetenzen. Mit der Integration benachteiligter



Jugendlicher in das Berufs- und Alltagsleben trägt dieses System auch zur Festigung des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenhalts der betroffenen Staaten bei.

Diese Berufsbildung hat zudem den Vorteil, dass sie von der Wirtschaft finanziell, ausbildungsmässig und logistisch unterstützt wird – eine Unterstützung, die eine wichtige Ergänzung zur manchmal lückenhaften Unterstützung des Staates bildet. Aus den Statistiken geht denn auch hervor, dass bei einem leistungsfähigen Berufsbildungssystem die Kosten der meisten Arbeitgeber durch die Nutzen wettgemacht werden, was die Arbeitgeber veranlasst, zur Ausbildung der Jugend beizutragen.

Die Delegation hebt insbesondere die zahlreichen Vorteile des dualen Bildungssystems hervor. So können die Jungen im Rahmen des dualen Bildungssystems mit seiner Vielzahl von Bildungseinrichtungen sowohl im Betrieb (d.h. in einem realen Arbeitsumfeld) als auch in der Schule Kompetenzen erwerben. Diese Form der Berufsbildung, welche eine enge Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft voraussetzt, hat den Vorteil, dass die Berufsbildung den Erwartungen des Arbeitsmarktes weitgehend gerecht werden kann, wodurch die Arbeitsmarktfähigkeit der Jugendlichen merklich verbessert wird.

Die Delegation möchte jedoch die Tatsache betonen, dass das Schweizer Berufsbildungsmodell nicht sofort und vollständig auf frankophone Länder übertragen werden kann. Dieses beruht auf einer langen historischen Entwicklung und entstand aus einem bestimmten sozioökonomischen Kontext heraus, welcher andere Länder in dieser Form nicht kennen.

Allerdings erachtet sie bestimmte Elemente des Schweizer Berufsbildungssystems als nützlich für bestimmte lernwillige Länder, im Hinblick darauf, die Jugendarbeitslosigkeit zu bremsen und ihr Berufsbildungsangebot zu erweitern. Zu diesem Zweck intervenierten Ständerat Berberat und Nationalrätin Derder im Namen der Delegation am französischsprachigen Kolloquium über die Berufsausbildung organisiert vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, welches am 8. und 6. Oktober 2014 in Lausanne stattfand. Die Expertise der Delegation auf dem Gebiet hat es den 33 Experten aus den 20 anwesenden afrikanischen Mitgliedstaaten der Frankophonie erlaubt, eine solide Grundlage zu erwerben um über die duale Berufsausbildung nachzudenken.

Schliesslich möchte die Delegation – unabhängig von der Schaffung eines dualen Bildungssystems, das in vielerlei Hinsicht das Interesse zahlreicher APF-Delegationen weckte – dazu aufrufen, möglichst viel in die Berufsbildung zu investieren.

Die Delegation zeigte sich im Übrigen sehr zufrieden über die Entwicklung im Jahre 2014: Nachdem die APF in Ottawa die Schweizer Resolution über die Berufsbildung verabschiedet hatte, unterzeichneten der senegalesische Präsident Macky Sall und der Schweizer Bundespräsident Didier Burkhalter am Frankophoniegipfel in Dakar eine gemeinsame Erklärung über Bildung und Schulung. Diese sieht die Vermittlung schweizerischen Know-hows im Bereich der dualen Bildung in Senegal vor; damit soll jungen Afrikanerinnen und Afrikanern der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert und sowohl den individuellen als auch den wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung getragen werden.

In Dakar kamen die Staats- und Regierungschefs zudem überein, dass eine auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zugeschnittene Berufs- und Fachausbildung gefördert werden muss und gleichzeitig Anstrengungen zur Abschaffung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit unternommen werden müssen. Dies indem die OIF, die Konferenz der Bildungsminister der Frankophonie (Confémen) und



die verschiedenen Akteure, u.a. die Senghor Universität in Alexandria, aufgefordert werden, über ihre Netzwerke das Angebot an arbeitsmarkttauglichen Berufs- und Fachausbildungen zu verbessern.

Ein weiteres strategisches Ziel der Delegation besteht darin, den Bandbreitenzugang zu verbessern und damit eine breitere Teilnahme an frankophonen Online-Kursprogrammen zu ermöglichen. Nach Auffassung der Delegation ist es Sache der frankophonen Länder, die Online-Übertragung und -Zugänglichkeit von akademischen Kursen auf Französisch zu unterstützen, dies insbesondere heute, da die Wissenschaft und die höhere Bildung vom Englischen beherrscht wird. Die Versuchung ist für viele Studierende in frankophonen Ländern gross, sich für englische Online-Kurse einzuschreiben.

Zahlreiche europäische und nordamerikanische Hochschulen bieten heute akademische Kurse auf Französisch an. Dieses Angebot sollte namentlich in Afrika möglichst breit zugänglich sein. Die Hochschulagentur der Frankophonie (AUF) und das Exzellenznetzwerk für Ingenieurwissenschaften der Frankophonie (RESCIF) sind in diesem Bereich sehr aktiv und arbeiten heute mit vereinten Kräften zusammen. Innerhalb des von der ETHL initiierten und von der Schweiz unterstützten RESCIF gibt es – als Partnerschaftsangebote von Hochschulen nördlicher und südlicher Länder – zahlreiche Online-Studiengänge (MOOC).

Die Delegation sieht in diesen digitalen Entwicklungen eine Gelegenheit für die Hochschuleinrichtungen und die Entwicklungsagenturen, in Afrika und in den Schwellenländern allen Interessentinnen und Interessenten eine anspruchsvolle höhere Bildung anzubieten.

Ein Hindernis für die Demokratisierung des Online-Kursangebots ist derzeit allerdings die ungenügende Bandbreite in vielen afrikanischen Ländern. In gewissen Fällen gibt es zwar ein Glasfasernetz, doch wird es nicht genutzt. Verschiedene europäische und nordamerikanische Hochschulen prüfen zwar die Möglichkeiten einer breitbandigen Satelliten-Internetversorgung für interessierte Studierende; gleichwohl sollten die Regierungen massiv in die Verbesserung des Bandbreitenzugangs investieren.

Die Delegation begrüsst es deshalb, dass die Staats- und Regierungschefs sich in ihrer Erklärung von Dakar verpflichteten, die Tätigkeiten der Frankophonie, namentlich jene der Hochschulagentur der Frankophonie (AUF), in den Bereichen der öffentlichen Fernkurse sowie der breit zugänglichen Online-Studiengänge (MOOC) zu stärken und zu verstetigen, um vor allem in den Entwicklungsländern die Wissens- und Kompetenzvermittlung zu verbessern.

Die Delegation gedenkt ihre Arbeit zu diesem Thema im Jahr 2015 fortzusetzen, dies mit einem Bericht über die digitale Frankophonie und die Förderung des Zugangs zu Onlinekursen, der von Nationalrat Fathi Derder präsentiert werden soll.

Im Rahmen des dritten Strategieziels für 2014 (Bildungszugang für Frauen) hat die Delegation immer wieder darauf hingewiesen, dass der Zugang zur Grundbildung, zur Berufsbildung sowie zu höheren Bildungsangeboten wie MOOCs für Frauen besonders schwierig ist.

Die Delegation weist darauf hin, dass der Zugang junger Frauen zu Bildung und Berufslehre nicht nur ein grundlegendes Menschenrecht, sondern auch ein Mittel zur Bekämpfung der Armut ist. In der Tat tragen junge Frauen, welche erwerbstätig sind und somit am Wirtschaftsleben ihres Landes teilnehmen, zur Produktivität ihres Landes und zur Bekämpfung der Familienarmut bei.



Die Delegation wird diese drei Strategieziele im Jahr 2015 weiterverfolgen. Zudem wird sie mit einer von Ständerat Levrat eingebrachten Resolution aktiv gegen Gesetze angehen, welche insbesondere die Homosexualität anprangern und somit der Bekämpfung von HIV/Aids in Afrika im Wege stehen.

Im Einklang mit der UNAIDS setzt sich die Delegation gegenüber den Parlamentarierinnen und Parlamentariern der APF bereits dafür ein, dass im Kampf gegen HIV/Aids die Risikogruppen sozial eingebunden werden. Ziel dabei ist es, der zumeist kulturell bedingten Diskriminierung gewisser Risikogruppen ein Ende zu setzen. Mit einer Resolution zu diesem Thema möchte die Delegation den Parlamentarierinnen und Parlamentariern der APF in Erinnerung rufen, dass es in ihrer Macht und Verantwortung liegt, dafür zu sorgen, dass die lebenswichtigen Präventions-, Pflege- und Behandlungsdienste von allen in Anspruch genommen werden dürfen.

8 Reisekosten

Im Jahr 2014 beliefen sich die Ausgaben der Delegationsmitglieder für Reisen im Rahmen ihres offiziellen Mandats (Eisenbahn- und Flugbillette) auf insgesamt 71'350 Franken.